

Presseaussendung der Arbeitsgruppe „Substanzbezogene Störungen“ der ÖGKJP

Sorge um Zunahme des Substanzkonsums unter Jugendlichen

Die Fachgesellschaft der Kinder- und Jugendpsychiater:innen äußert große Sorgen hinsichtlich der beobachteten Zunahme von Substanzkonsum und bedrohlichen Intoxikationen unter Jugendlichen und fordert die Verantwortungsträger dazu auf, die Datensammlung zu homogenisieren und Betreuungseinrichtungen zu schaffen, um den steigenden Bedarf zu decken.

Seitens der Kinder- und Jugendpsychiatrie wird seit der Corona-Pandemie sowohl im niedergelassenen als auch im intramuralen Bereich (ambulant wie stationär) eine deutliche Zunahme von Substanzkonsum unter Jugendlichen beobachtet. Diese Zunahme konnte zwar in einigen Studien gezeigt werden, differenzierte Daten zum Konsum bei Jugendlichen, wie beispielsweise zu hochriskanten Mischintoxikationen und auch zu Todesfällen im Kontext von Substanzkonsum sind leider nicht verfügbar.

Von klinisch und praktisch tätigen Kinder- und Jugendpsychiater:innen und Pädiater:innen wird im Alltag sowohl eine deutliche Zunahme von polytoxikoman und gefährlich konsumierenden Jugendlichen beobachtet, als auch eine Zunahme an Intoxikationen, die intensivmedizinisch versorgt werden müssen erlebt. Die Versorgung von intoxikierten und möglicherweise agitierten Patient:innen stellt das System der Krankenhäuser immer wieder vor das Problem, dass diese Patient:innen aufgrund der Agitation nicht optimal auf einer pädiatrischen Station versorgt und aufgrund der Intoxikation auf einer psychiatrischen Station nicht adäquat überwacht werden können. Gemeinsame pädiatrisch-jugendpsychiatrische Intensivstationen sind derzeit in Österreich nicht verfügbar.

Trotz zahlreicher innovativer und engagierter Projekte der Prävention und Behandlung substanzkonsumierender Jugendlicher besteht für behandlungswillige jugendliche Patient:innen ein deutlicher Mangel an ausreichenden und flächendeckenden medizinischen Behandlungs- und Unterstützungsmöglichkeiten.

Die ÖGKJP appelliert daher an die Verantwortlichen, einerseits auch im Minderjährigen-Bereich bundesweit homogenisierte aktuelle Daten (zum Beispiel in Form eines Registers) zu erheben, um ein realistisches Bild der Situation lebensgefährlich konsumierender Jugendlicher darstellen zu können.

Andererseits ist es dringend geboten, Versorgungsstrukturen in der Prävention und Behandlung auszubauen und zu fördern. Hier ist aus der klinischen Praxis vor allem eine Verbesserung der regionalen Verfügbarkeit von Therapieangeboten notwendig, um die Jugendlichen vor Schäden zu schützen und schweren Folgen vorzubeugen.

Für die AG Sucht der ÖGKJP:

Prof. Dr. Katrin Skala und Prim. Dr. Thomas Trabi